

Weltweiter Zinsanstieg	137
Rückgang des Außenbeitrags	143

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/90

Berlin

22. März 1990

57. Jahrgang

Q. Ex.

Weltweiter Zinsanstieg

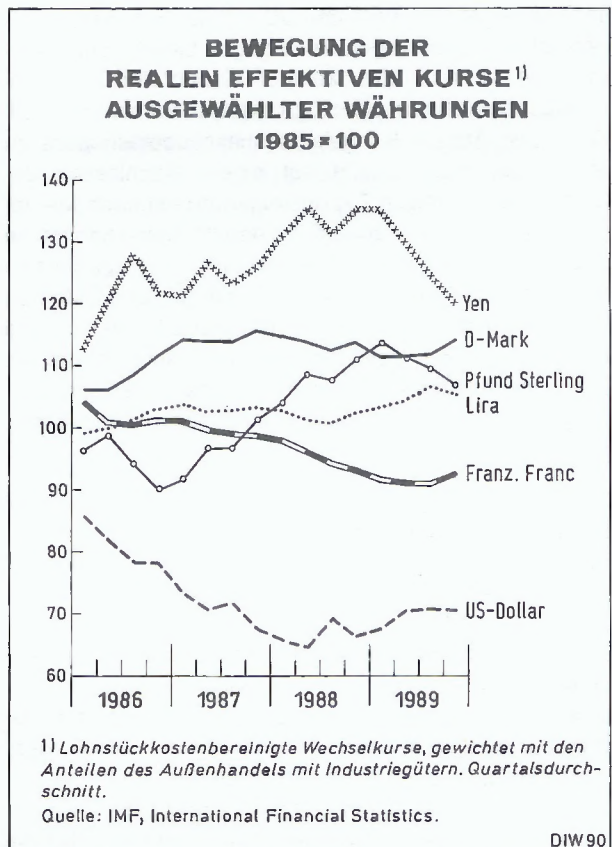
Westliche Industrieländer: Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte

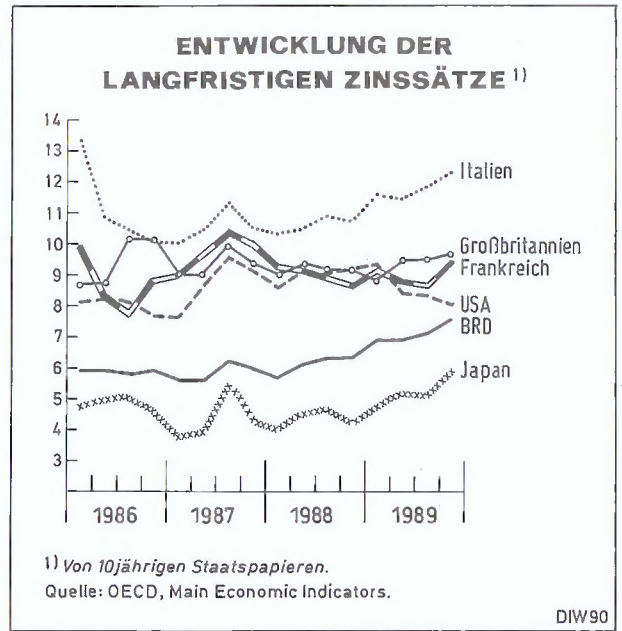
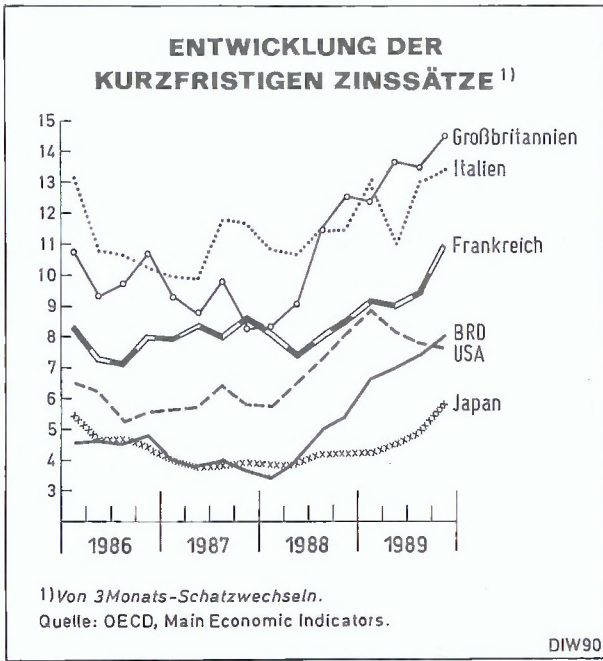
An den nationalen und internationalen Finanzmärkten ist eine Tendenz steigender Zinsen zu beobachten. Einen nicht unwesentlichen Einfluß haben dabei Spekulationen über die Höhe des künftigen Kapitalbedarfs in Deutschland und Osteuropa sowie über die damit verbundene Anspannung der internationalen Kapitalmärkte, aber auch Spekulationen über die Gefahr stärkerer Preissteigerungen. In diesem Umfeld sind ökonomische und politische Faktoren kaum voneinander zu trennen. In den Zinssteigerungen zeichnet sich dagegen keine allgemeine Überhitzung der Weltkonjunktur ab. Der Konjunkturverlauf hat sich vielmehr zwischen den einzelnen Wirtschaftsräumen erheblich differenziert. Insbesondere in den Überschußländern Japan und Bundesrepublik Deutschland nehmen Nachfrage und Produktion weiterhin beachtlich zu, während sich vor allem in den Defizitländern USA und Großbritannien die wirtschaftliche Expansion merklich abgeschwächt hat.

Die Herausbildung dieses Konjunkturgefälles begünstigt den Abbau der Leistungsbilanzsalden, eines Störfaktors, der die wirtschaftliche Entwicklung in den achtziger Jahren stark überschattete. So scheinen nun sowohl der Abbau des hohen Leistungsbilanzüberschusses Japans als auch die Verminderung des Defizits der USA schneller als in den vorangegangenen Jahren voranzukommen. Auch der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland ist bereits gesunken und dürfte unter den Bedingungen einer deutschen Wirtschafts- und Währungsunion weiter zurückgehen.

Der differenzierte Konjunkturverlauf ging zunächst auch mit unterschiedlichen Zinsentwicklungen einher. In

Japan und der Bundesrepublik Deutschland stiegen die Zinssätze, in den USA sanken sie im vergangenen Jahr. Der D-Mark-Kurs erhöhte sich im zweiten Halbjahr ver-





gangenen Jahres. Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftlichen Aussichten und die Investitionschancen in Deutschland sehr günstig eingeschätzt wurden. In Japan sank dagegen der Yen-Kurs trotz steigender Zinsen. Dazu trug bei, daß die Nominalzinsen — bei allerdings verringerter Zinsdifferenz — hier immer noch niedriger sind als in den USA; in der Bundesrepublik Deutschland übersteigen sie dagegen bereits das amerikanische Niveau. Ein weiterer Grund für die Yen-Schwäche scheint in dem sich rascher als erwartet vollziehenden Abbau des Leistungsbilanzüberschusses zu liegen, der nicht zuletzt auf einem Nachlassen der vordem sehr kräftigen Exportsteigerung bei nach wie vor dynamischer Importentwicklung beruht. Hinzu kommt die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der japanischen Notenbank, die mit dem Hinweis auf erhebliche Gefahren für die Preisstabilität die Erwartungen auf eine weitere Verschärfung der Geldpolitik lenkte. Damit könnte sie aber eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung einleiten, die die Anleger langfristigen Kapitals entmutigte.

Die Erwartung sinkender Überschüsse im Zuge der deutschen Vereinigung scheint nun auch neben anderen Faktoren dazu beizutragen, daß die D-Mark in jüngster Zeit unter Abwertungsdruck geraten ist, obwohl in der Bundesrepublik die Zinssätze weiter gestiegen sind. Damit hat sich die währungspolitische Lage in Westeuropa spürbar verändert. Wurde noch vor kurzem über eine Aufwertung der D-Mark spekuliert, so gehört die D-Mark nunmehr zu den schwachen Währungen im Europäischen Währungssystem. Hierbei hat aber auch das Verhalten der Zentralbanken anderer Länder eine Rolle gespielt, die mit ihrer Geldpolitik darauf hinwirkten, daß die

jeweilige Zinsentwicklung von der in der Bundesrepublik Deutschland nicht wesentlich abwich. Die gegenwärtige Schwächetendenz des Yen und der D-Mark setzt die Zentralbanken anderer Länder nun in die Lage, sich in ihrer Zinspolitik wieder mehr binnenwirtschaftlich zu orientieren.

Das gilt auch für die USA, wo die Wachstumskräfte erlahmt sind. Würde sich hier die Geldpolitik verhärten, wäre eine Rezession noch in diesem Jahr möglich. Zwar ist es erfreulich, daß mit der Konjunkturabschwächung, die sowohl die Investitionen als auch den Verbrauch erfaßt hat, eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanz einhergeht, weil die Importe ebenfalls schwächer zunehmen. Die Regierung der USA wird jedoch eine Rezession aus Außenwirtschaftserwägungen nicht in Kauf nehmen. Das Leistungsbilanzdefizit könnte auch bei weiterem Wirtschaftswachstum vermindert werden, sofern der Dollarkurs nicht steigt. Die Geldpolitik stieße deshalb gegenwärtig nicht auf durch die Außenwirtschaft gezogene Grenzen, wenn sie ihren Kurs etwas lockerte, statt ihn zu verschärfen. Eine geldpolitische Lockerung ist auch deswegen angebracht, weil von der auf Haushaltskonsolidierung gerichteten Finanzpolitik kontraktive Einflüsse auf die Wirtschaft ausgehen.

Im Gegensatz zu den USA ist die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa insgesamt noch recht günstig. Eine Ausnahme bildet vor allem die Entwicklung in Großbritannien. Die gesamtwirtschaftliche Expansion sorgt in den meisten Ländern dafür, daß die Kapazitäten gut ausgelastet sind, und dies hat bis jetzt die Unternehmen zu einer weiteren kräftigen Ausweitung ihrer Investitionen stimuliert. Auch zeichnet sich für die westeuropäischen Länder bisher keine spürbare Verstärkung des Preisauf-

triebs ab. Hierzu trägt bei, daß die Lohnabschlüsse maßvoll waren, Arbeitskraftreserven vorhanden sind und der Produktionsapparat im Zuge des kräftigen Investitionsprozesses allmählich ausgeweitet worden ist.

Trotzdem verstärkt sich in Westeuropa die Sorge um die weitere konjunkturelle Entwicklung. Bei einem Andauern

der gegenwärtigen Zinssteigerungstendenzen könnte es nämlich zu einer Abschwächung der Konjunktur kommen, da sich bei dem mäßigen Preisauftrieb in den meisten Ländern mit dem Nominalzins auch das Realzinsniveau immer mehr erhöht. Wichtige westeuropäische Länder könnten aber die Schwäche der D-Mark im EWS nutzen, dem entgegenzuwirken.

Bundesrepublik Deutschland: Zunehmende Risiken nicht aus dem Auge verlieren

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik war bis zuletzt deutlich aufwärts gerichtet. Nimmt man die beiden Monate Dezember und Januar, für die bisher Angaben vorliegen, zusammen, dann kommt man für die Produktion im verarbeitenden Gewerbe seit der Mitte vergangenen Jahres auf eine laufende Rate von fast 6 vH. Dabei verlagert sich der Schwung mehr und mehr von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Bei zunehmendem Konjunkturgefälle zwischen Inland und Ausland könnte sich die Schere zwischen Ausfuhr und Einfuhr allmählich schließen (Schaubild 1). Der Überschuß in der Leistungsbilanz sank im vierten Quartal — erstmals seit Jahren — kräftig.

Diese Dynamik fand auch am Arbeitsmarkt ihren Niederschlag. Trotz hohen zusätzlichen Arbeitsangebots infolge des unvermindert starken Zustroms von Übersiedlern sank die Zahl der Arbeitslosen — in saisonbereinigter Betrachtung — im Januar und Februar. Zwar hat hierbei auch der milde Winter und die neugeregelte Erfassung der Übersiedler in der Arbeitslosenstatistik eine Rolle gespielt, so daß eine gewisse Korrektur in den kommenden Monaten zu erwarten ist. Die konjunkturelle Grundtendenz ist aber zweifellos die wichtigste Erklärung für die alle Erwartungen übertreffende Nachfrage nach Arbeitskräften. Daß sich dies nicht in einer weiter steigenden Zahl der offenen Stellen zeigt, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Aus- und Übersiedler dank ihrer räumlichen und sektoralen Mobilität stärker als heimische Arbeitskräfte auf Engpässe am Arbeitsmarkt reagieren. Die außerordentlich hohe Zahl der Arbeitsvermittlungen weist in diese Richtung.

Dieses durchweg helle Bild der Konjunktur muß gleichwohl mit einigen Schattierungen versehen werden. Die Auslandsnachfrage war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres weit weniger dynamisch als zuvor, und von der Inlandsnachfrage kam zunächst kein voller Ausgleich. Möglicherweise hat die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zur Jahreswende aber neue Impulse gegeben (Schaubild 2). Denkbar ist auch, daß die von den Konsumenten antizipierte Steuerentlastung vom Jahresanfang 1990 die Nachfrage bei verbrauchsnahe Produktionsbereichen schon zum Ende des vergangenen Jahres

begünstigt hat. Die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Inland ist seit Herbst sehr kräftig, wobei die nach Kraftfahrzeugen eine große Rolle spielt. Bemerkenswert sind freilich die ausgeprägte Nachfrageschwäche in einem vorgelagerten Bereich wie der Stahlerzeugung und der leichte Rückgang beim Maschinenbau. Letzteres auf Lieferengpässe und lange Lieferfristen zurückzuführen, ist sicher eine naheliegende Deutung. Auszuschließen ist aber nicht, daß die politische Unsicherheit, die Erwartung hoher Zinsen und die Aufwertung der D-Mark gegenüber US-Dollar und Yen von Einfluß waren.

Schaubild 1

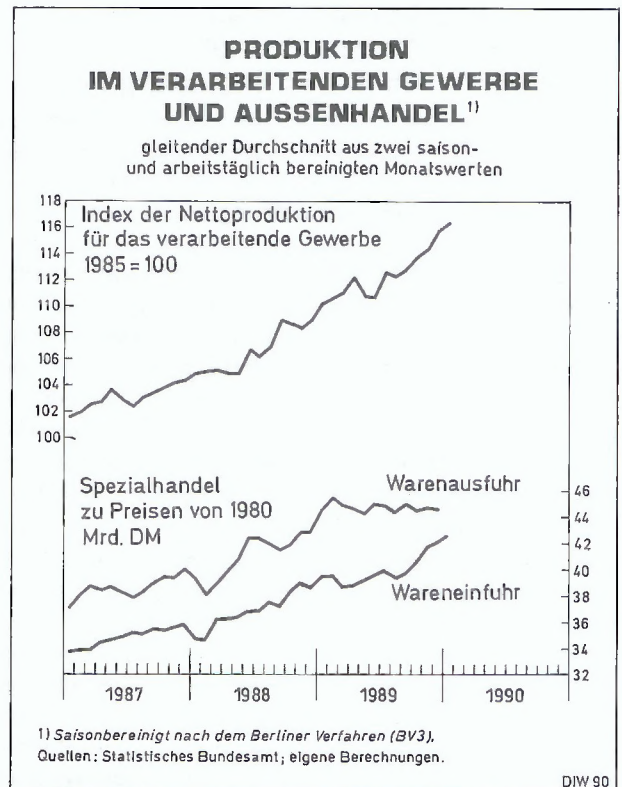
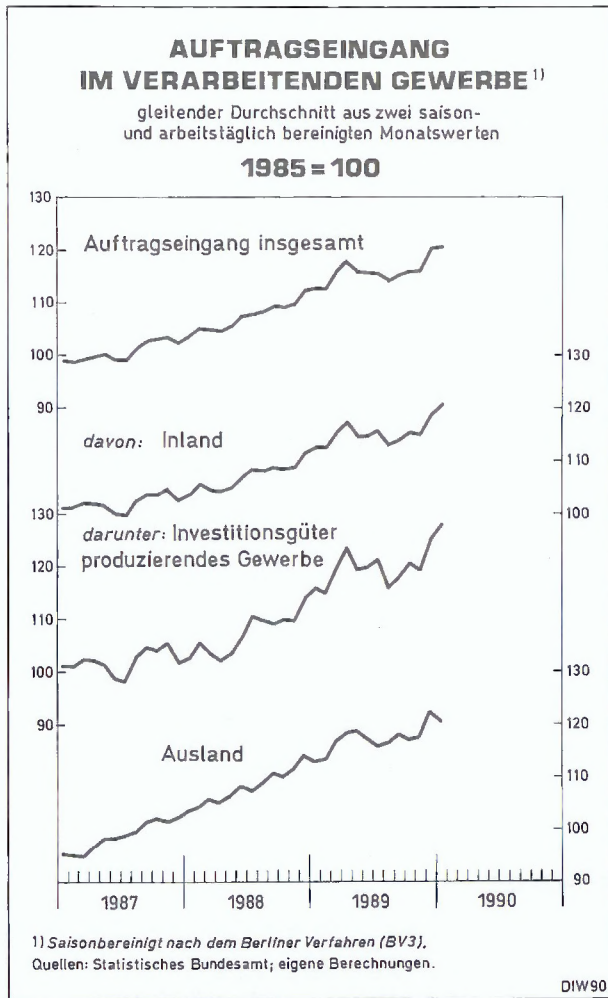


Schaubild 2

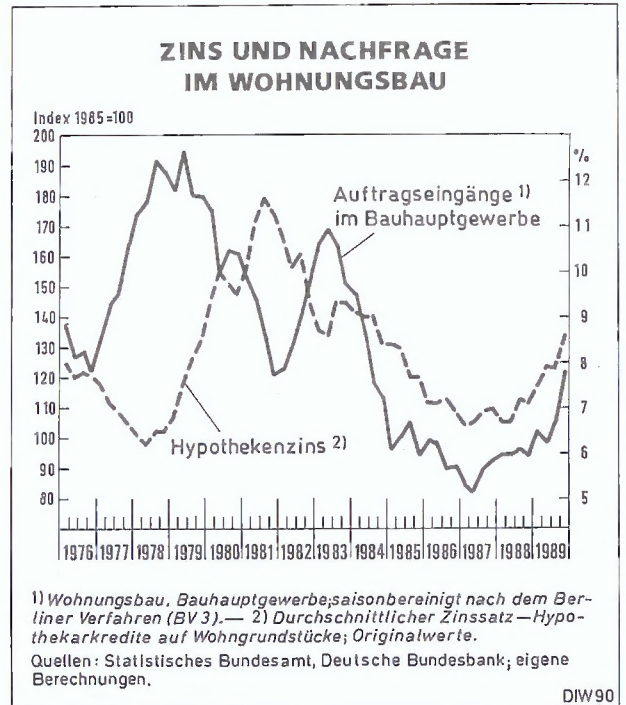


Zinsentwicklung

Nicht aus den Augen verloren werden darf, daß sich die Auswirkungen des jüngsten Zinsanstiegs noch nicht in den vorliegenden Konjunkturdaten widerspiegeln. Von Herbst 1989 bis Anfang dieses Jahres ist der langfristige Zins in der Bundesrepublik um mehr als 2 Prozentpunkte auf über 9 % gestiegen. Wie die Erfahrung zeigt, wirkt dies selbst in einem so zinsreagiblen Bereich wie der Bauwirtschaft nur mit erheblicher Verzögerung auf Nachfrage und Produktion (Schaubild 3).

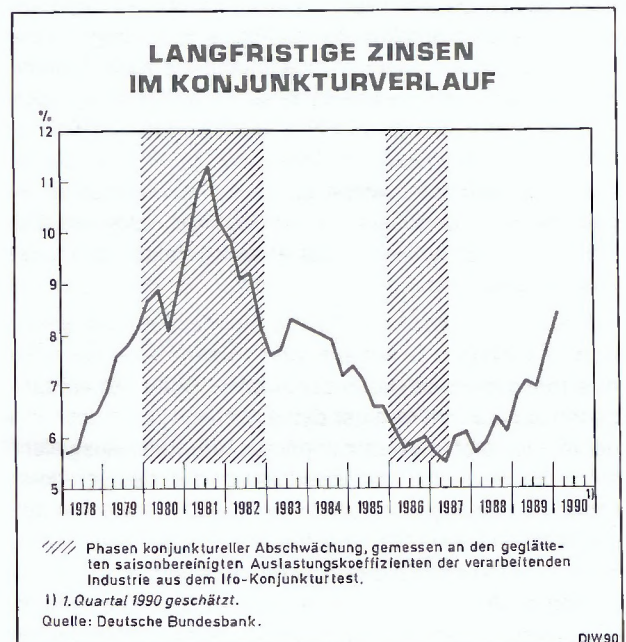
Unterstellte man eine Inflationsrate von immerhin 3 vH als mittelfristige Erwartung der Kapitalanbieter und -nachfrager, ergäbe sich ein Realzins von über 6 %. Zu Beginn der jetzigen Boomphase Ende 1987 lag der so ermittelte Realzins bei etwa 2½ %. Die Effekte einer Zinssenkung treten nur mit erheblicher Verzögerung in Erscheinung; überdies kann ein hohes Zinsniveau durch positive Renditeerwartungen bei Sachinvestitionen überspielt werden.

Schaubild 3



Gerade in der Hochkonjunktur wird aber die Zahl der hochrentablen Projekte tendenziell abnehmen, weil zunehmend Engpässe bei Material, Vorleistungen und Arbeitskräften spürbar werden, die sich in konjunkturellen Preiserhöhungen niederschlagen und die Marge des Investors mindern. Wenn inflationäre Überhitzung vermieden werden soll, ist der hohe Zins der Keim des Abschwungs, da sich die Schere zwischen Sachkapitalren-

Schaubild 4



dite und der Rendite von Finanzanlagen, die sich im Aufschwung weit geöffnet hatte, mehr und mehr schließt.

Hingegen liegt der Einwand nahe, das Zinsniveau sei derzeit spekulativ überhöht; es werde sich zurückbilden, wenn die wichtigen Entscheidungen über die zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in Deutschland gefällt sein werden. Diese Hoffnung auf eine Zinssenkung mag berechtigt sein. Ebensovienig ist aber auszuschließen, daß die Finanzmärkte die zunehmende Kapitalnachfrage in der Hochkonjunktur und den beträchtlichen Kapitalbedarf der DDR-Wirtschaft zutreffend antizipiert haben, als sie auf die Ankündigung einer Währungsunion vom 7. Februar mit einem Zinsschub von 8 % auf 9 % reagierten. In diesem Falle müßte man es, selbst bei einer optimistischen Einschätzung der innerdeutschen Regelungen für eine Währungsunion als fraglich ansehen, ob die monetären Startbedingungen für ein rasches und kräftiges Wachstum der DDR-Wirtschaft erfüllt sein würden.

Geldpolitik

Das hohe Zinsniveau bringt die Geldpolitik derzeit auch dann in eine äußerst schwierige Lage, wenn man von den Problemen einer Währungsunion mit der DDR und der damit verbundenen Unsicherheit über den künftigen Kurs der Bundesbank absieht. Die Geldmarktentwicklung in der Bundesrepublik entspricht in vieler Hinsicht genau der in früheren konjunkturellen Anspannungsphasen. Die hohen Zinsen führen zu einer raschen Umschichtung der Portefeuilles; die Anleger rationalisieren ihre Kassenhaltung durch die vermehrte Anlage in Termingeldern, während die Sparguthaben, deren Zinsniveau nur unzureichend erhöht worden ist, reduziert werden. Insgesamt steigt die Geldkapitalbildung, was dem Zinsauftrieb entgegenwirkt. Untypisch ist allerdings die Stagnation der Bargeldhaltung. Das kann sicher nicht allein mit der Rationalisierung der Kassenhaltung erklärt werden. Vielmehr dürfte hier noch die Reaktion auf die überaus starke Expansion der Bargeldhaltung im ersten Halbjahr 1989 als Folge der Quellensteuerrückstellungen eine erhebliche Rolle spielen.

Entlastend für den Geld- und Kapitalmarkt wirkt sich zur Zeit noch die Zurückhaltung des Staates bei der Inanspruchnahme von Krediten aus. Dagegen fragen private Investoren und Konsumenten in weit stärkerem Maße als zuvor Kredite nach. Absehbar ist, daß die entlastenden Faktoren nicht von Dauer sein werden. Die staatliche Kreditnachfrage wird infolge der Steuerausfälle und im Zuge zunehmender Verpflichtungen gegenüber der DDR wieder steigen. Die Bargeldhaltung wird sich normalisieren.

Allein die Normalisierung der Bargeldhaltung würde es der Bundesbank erheblich erschweren, ohne Zinsdruck in ihrem Zielkorridor zu bleiben, da bereits jetzt M1 wieder

mit einer Jahresrate von über 7½ vH und M3 mit 6½ vH expandieren. Angesichts der schon bei der Ableitung ihres Zieles erkennbaren konzeptionellen Unsicherheiten¹ und der durch die politischen Ereignisse noch einmal vergrößerten Risiken sollte sich die Bundesbank keinesfalls ohne Einschränkungen an der Mitte Dezember festgelegten Bandbreite orientieren. Insbesondere die zusätzliche Nachfrage nach D-Mark, die schon jetzt im Gebiet der DDR zu verzeichnen ist, darf nicht zu einer Zinserhöhung führen, denn auch von dem zusätzlichen Umlauf von Bargeld wird nur ein Teil dessen vorweggenommen, wofür die Bundesbank nach Einführung einer Währungsunion ohnehin sorgen muß. Bei geeigneten Rahmenbedingungen für die Produktion in der DDR schafft dies kein Inflationpotential.

Lohnpolitik

Auch von der Kostenentwicklung in der Bundesrepublik droht keine Inflationsgefahr. Die Tarifpartner scheinen gewillt, Auseinandersetzungen um weitere Arbeitszeitverkürzungen jetzt zu vermeiden. Die Lohnabschlüsse dürften sich in einem Rahmen halten, der den Druck auf Preiserhöhungen von der Kostenseite her in vertretbaren Grenzen hält. Die Verteilung der Einkommen wird sich weiter zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen verändern.

Von vielen Seiten wird den Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde empfohlen, wegen der politischen Entwicklung in der DDR und der Anforderungen des Neuaufbaus dort mit ihren Forderungen besonders zurückhaltend zu sein. Damit soll wohl suggeriert werden, daß Solidarität mit den weniger verdienenden Arbeitnehmern in der DDR angebracht sei. Eine solche „solidarische“ Lohnpolitik ist aber völlig ungeeignet, die Probleme in der Bundesrepublik und in der DDR zu lösen. Zunächst sollte die Grundregel unangetastet bleiben, daß sich die Lohnentwicklung an dem durchschnittlichen Produktivitätsfortschritt orientiert. Darüber hinaus ist gar nicht klar, was eine zusätzliche Lohnzurückhaltung in der Bundesrepublik für die Beschäftigten in der DDR bringen soll. Sinken daraufhin die Preise in der Bundesrepublik, wird die Wirtschaft der DDR es noch schwerer haben, auf offenen Märkten zu konkurrieren, oder es entsteht Lohndruck auch in der DDR. Steigen in der Bundesrepublik nur die Gewinne, ist von niemandem kontrollierbar, ob damit mehr oder weniger Investitionsprojekte als sonst in der DDR durchgeführt werden, ganz abgesehen von der ohnehin blendenden Gewinnsituation der deutschen Wirtschaft. Aber auch höhere Gewinne in den Händen der Investoren in der Bundesrepublik erhöhen tendenziell den Druck auf die Lohnentwicklung in der DDR, damit die Betriebe dort mithalten können.

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1990. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1990.

Das zeigt, Solidarität zu üben, ist eine Aufgabe der Gesellschaft, nicht die Aufgabe einer einzelnen Gruppe, die in einem Marktprozeß agiert. Zu Recht werden von denen, die jetzt „Solidarität“ der Gewerkschaften mit der DDR fordern, die Gewerkschaften immer wieder gemahnt, staatliche Entscheidungen, wie Mehrwertsteuererhöhungen, als auf der Ebene der Tarifpartner nicht verhandelbare gesellschaftliche Entscheidungen hinzunehmen,

also nicht durch zusätzliche Lohnerhöhungen auszugleichen. In der Frage der Hilfen für die DDR geht es um eine genuin gesellschaftliche Entscheidung. Diese muß akzeptiert werden. Die Empfehlung aber, unabhängig von der gesellschaftlichen Entscheidung zur Solidarität, mehr Lohnzurückhaltung zu üben, ist nicht nur ökonomisch abwegig, sondern steht auch im Widerspruch zu den Konzepten derer, die sie empfehlen.

Rückgang des Außenbeitrags

Zum Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1989

Die seit dem Frühjahr 1987 in der Grundtendenz zügige Expansion der realen Warenausfuhr hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich abgeschwächt. Von Kalender- und Saisoneinflüssen¹ bereinigt hat das Ausfuhrvolumen, ohne die Käufe der DDR², im vierten Quartal um knapp 1 vH unter dem Niveau vom dritten Quartal gelegen. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf die Verlangsamung der Konjunktur in wichtigen Partnerländern, besonders in den USA und Großbritannien, zurückzuführen. Allerdings wurde die Nachfrage aus diesen Ländern auch dadurch gebremst, daß sich deren Wechselkursrelation zur D-Mark erheblich verschlechterte. Außerdem hat das deutsche Angebot wegen der langen Lieferfristen an Attraktivität eingebüßt. Die Inlandsumsätze in wichtigen Exportbranchen haben im Berichtsquartal stärker zugenommen als die Auslandsumsätze; die Exportquote, definiert als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, ist in der Elektroindustrie, der chemischen Industrie sowie dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe im Berichtsquartal geringer gewesen als im Durchschnitt der vorangegangenen drei Quartale.

Die reale Wareneinfuhr ist im vierten Quartal sprunghaft gestiegen (6,1 vH). Vermehrt importiert wurden Fertigwaren, insbesondere Investitionsgüter. Die Bezüge von Ernährungsgütern haben dagegen im Jahresendquartal weiterhin stagniert.

Die Verlagerung der konjunkturellen Impulse vom Ausland auf das Inland hat dazu geführt, daß erstmals seit 1987 ein deutlicher Rückgang des hohen Überschusses im Warenverkehr zu verzeichnen war. Zusammen mit dem Saldo der bereits seit Jahresbeginn 1989 annähernd ausgeglichenen Dienstleistungsbilanz ist der Überschuß real um rund 3,5 Mrd. DM geringer gewesen als im dritten Quartal; nominal hat sich der Außenbeitrag sogar um 5,5 Mrd. DM verringert. Das traditionelle Defizit in der Übertragungsbilanz, das sind vor allem Nettozahlungen an den EG-Haushalt sowie Heimatüberweisungen der Gastarbeiter, hat sich etwas erhöht. Die Leistungsbilanz als Summe dieser drei Teilbilanzen hat im vierten Quartal mit einem Überschuß von rund 20 Mrd. DM abgeschlossen.

Im gesamten Jahr 1989 wurde in der Leistungsbilanz ein Überschuß von rund 100 Mrd. DM erzielt. Zu dieser Entwicklung haben auch die stark gestiegenen Einnahmen aus Kapitalanlagen im Ausland beigetragen; das hohe Defizit in der Dienstleistungsbilanz ist dadurch erheblich abgebaut worden (um 10,8 Mrd. DM).

Ausfuhr von Investitionsgütern erneut gesunken

Die seit Frühjahr 1989 rückläufige Entwicklung der Ausfuhr von Investitionsgütern hat sich im Jahresendquartal beschleunigt fortgesetzt. Hauptsächlich Lastkraftwagen sowie Maschinenbauerzeugnisse und elektrotechnische Investitionsgüter sind in geringerem Umfang als im Vorquartal exportiert worden. Die Ausfuhren von Lastkraftwagen lagen sogar deutlich unter dem Vorjahrsniveau (-12 vH). Der Rückgang der Exporte von Investitionsgütern ist sowohl einer beginnenden Investitionsschwäche in den Industrieländern als auch zunehmend längeren Lieferfristen — insbesondere im Vergleich mit den USA — zuzuschreiben. Bei anhaltend hoher Auslastung der Kapazitäten in der Investitionsgüterbranche ist der Auftragsbestand weiter gestiegen, auch das hat die Wettbewerbssituation beeinträchtigt. Eine Ausnahme bilden die Lieferungen von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten ins Ausland ebenso wie die von feinmechanischen und optischen Geräten. Beide Branchen konnten ihre Ausfuhren merklich ausweiten. In der Feinmechanik und Optik zeigt sich, daß verschlechterte Absatzbedingungen im Inland³ zu vermehrter Exporttätigkeit anspornen können.

Die Ausfuhren von Verbrauchsgütern sind bei weiterhin stabiler Verbrauchskonjunktur in den Industrieländern, namentlich den kontinentalen EG-Ländern, beschleunigt gestiegen. Insbesondere Bekleidung sowie Personenkraftwagen und elektrotechnische Gebrauchsgüter sind vermehrt exportiert worden. Die realen Exporte der in einer Gruppe zusammengefaßten typischen Verbrauchs-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglichen bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Der Warenverkehr der Bundesrepublik mit der DDR wird nicht in der Außenhandelsstatistik nachgewiesen, sondern separat erfaßt. Korrekturen der Außenhandelsströme um Transaktionen mit der DDR werden im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen. Bisher hatten diese Korrekturen bei dem geringen Anteil der DDR am Außenhandel der Bundesrepublik keinen nennenswerten Einfluß auf die Wachstumsrate. Aufgrund der erheblich gestiegenen Warenverkäufe an DDR-Bürger im Gefolge der Öffnung der Grenzen — für sie wurde bei der realen Ausfuhr ein Betrag von rund 2 Mrd. DM eingesetzt — hat die Warenausfuhr einschließlich der Käufe der DDR im Jahresendquartal um 1,7 vH zugenommen (vgl. Tabelle).

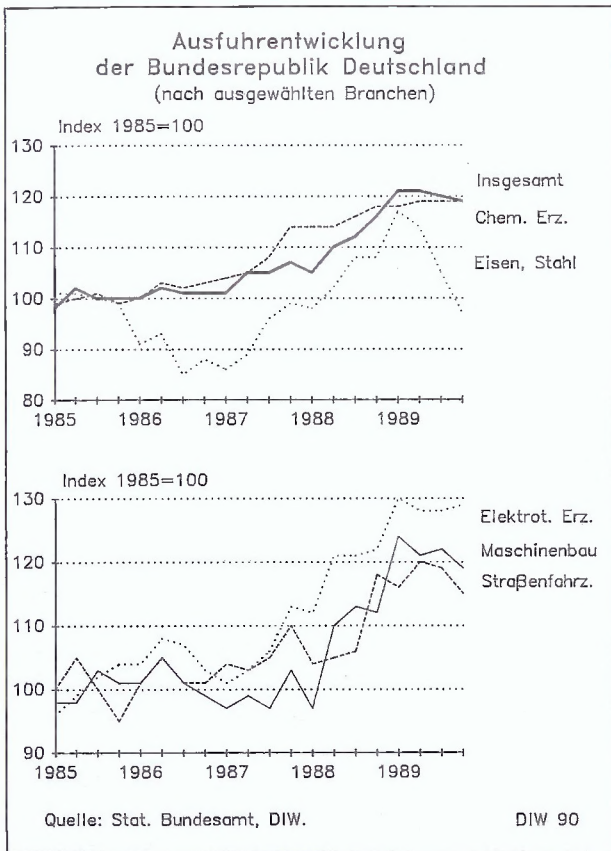
³ Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen sind die Umsätze der Sparten Augenoptik und Medizintechnik erheblich geschrumpft.

Außenbeitrag und Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Ursprungswerte								Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte ¹⁾				
	1987	1988	1989	1988 IV	I	II	III	IV	1988 IV	1989			
										I	II	III	IV
	Zu jeweiligen Preisen												
Ausfuhr	638,7	687,8	778,2	185,1	185,8	199,3	191,4	201,8	178,2	189,6	196,2	195,8	197,2
Waren	506,3	547,5	615,6	147,2	149,8	157,8	149,5	158,6	141,7	151,1	155,8	154,6	154,8
Dienste	132,4	140,3	162,6	37,9	36,0	41,5	41,8	43,2	36,5	38,5	40,4	41,2	42,4
Einfuhr	526,1	567,2	637,5	146,8	148,6	164,3	160,2	164,4	146,3	152,9	160,3	158,7	165,6
Waren	382,7	412,7	471,5	109,5	112,5	122,4	112,3	124,3	107,1	113,8	119,0	116,0	123,2
Dienste	143,4	154,5	166,0	37,3	36,1	42,0	47,9	40,1	39,1	39,2	41,4	42,7	42,4
Salden:													
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	112,6	120,6	140,7	38,4	37,2	34,9	31,2	37,4	32,0	36,6	35,9	37,1	31,6
Waren	123,6	134,8	144,1	37,8	37,3	35,4	37,2	34,2	34,6	37,4	36,8	38,5	31,6
Dienste	-11,0	-14,3	-3,4	0,6	-0,1	-0,5	-6,0	3,2	-2,6	-0,7	-0,9	-1,5	-0,0
Übertragungen ²⁾	-33,8	-36,4	-42,2	-11,4	-10,4	-9,6	-10,9	-11,3	-11,4	-10,4	-9,6	-10,9	-11,3
Leistungsbilanz ³⁾ (Finanzierungssaldo)	78,8	84,2	98,5	27,0	26,8	25,3	20,3	26,1	20,6	26,2	26,3	26,2	20,3
Nachrichtlich: Leistungsbilanz ⁴⁾ (In der Abgrenzung der Zahlungsbilanz)	81,2	85,3	99,1	28,1	29,3	26,6	20,1	23,1	22,5	29,2	25,6	26,9	17,9
	Veränderung in vH ⁵⁾												
Ausfuhr	0,1	7,7	13,2	7,7	13,5	18,3	12,3	9,0	3,1	6,4	3,5	-0,2	0,7
Waren	-0,3	8,1	12,4	7,4	13,2	18,9	10,9	7,7	2,6	6,7	3,1	-0,8	0,1
Dienste	1,7	6,0	15,9	8,9	14,4	17,4	17,7	14,2	4,8	5,2	5,1	2,0	2,8
Einfuhr	0,5	7,8	12,4	7,6	10,8	17,5	9,5	12,0	1,8	4,6	4,8	-1,0	4,3
Waren	-1,7	7,8	14,3	8,0	13,8	20,0	9,7	13,6	2,3	6,2	4,6	-2,5	6,2
Dienste	7,1	7,8	7,5	6,4	2,3	10,5	8,9	7,5	0,5	0,1	5,6	3,2	-0,7
	Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)												
Ausfuhr	550,5	582,4	643,1	154,6	155,4	164,0	156,9	166,8	149,3	157,9	161,2	161,3	164,2
Waren	439,2	466,4	512,9	123,8	126,0	130,8	123,5	132,5	119,3	126,8	128,8	128,3	130,6
Dienste	111,4	116,0	130,2	30,9	29,4	33,2	33,5	34,2	30,0	31,1	32,3	33,0	33,7
Einfuhr	500,2	531,5	570,4	136,4	135,2	145,1	142,3	147,8	135,9	137,9	141,7	142,3	148,8
Waren	382,8	407,7	442,1	106,8	106,6	112,7	105,8	117,0	104,8	107,3	109,7	109,5	116,1
Dienste	117,4	123,8	128,4	29,6	28,6	32,4	36,6	30,9	31,1	30,6	32,0	32,8	32,7
Salden:													
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	50,4	50,9	72,7	18,2	20,3	18,9	14,6	18,9	13,4	20,0	19,5	19,0	15,4
Waren	56,4	58,7	70,9	16,9	19,5	18,1	17,7	15,6	14,5	19,5	19,1	18,9	14,4
Dienste	-6,0	-7,7	1,8	1,3	0,8	0,8	-3,1	3,4	-1,1	0,5	0,4	0,2	1,0
	Veränderung in vH ⁵⁾												
Ausfuhr	0,8	5,8	10,4	5,1	10,4	14,4	9,3	7,8	2,2	5,8	2,0	0,1	1,8
Waren	0,8	6,2	10,0	4,7	10,4	14,7	8,0	7,1	1,7	6,3	1,6	-0,4	1,7
Dienste	1,0	4,2	12,2	6,8	10,6	13,1	14,2	10,8	4,1	3,9	3,9	2,0	2,1
Einfuhr	4,8	6,3	7,3	5,5	5,6	10,0	5,4	8,4	1,6	1,5	2,7	0,4	4,6
Waren	4,3	6,5	8,4	6,1	7,6	11,1	5,5	9,5	2,1	2,4	2,3	-0,2	6,1
Dienste	6,4	5,4	3,7	3,7	-1,3	6,4	5,1	4,3	-0,2	-1,3	4,3	2,6	-0,3
Nachrichtlich: Terms of Trade ⁶⁾	110,3	110,7	108,2	111,3	108,7	107,3	108,4	108,8	110,8	108,2	107,8	108,9	107,8
Veränderung in vH	3,4	0,3	-2,2	0,6	-2,1	-3,2	-1,0	-2,2	0,5	-2,4	-0,4	1,1	-1,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt. — ³⁾ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴⁾ Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank. — ⁵⁾ Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. — ⁶⁾ Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1980 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW. Abweichungen in den Differenzen und Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt.



güter Bekleidung, Textilien und Schuhe lagen um reichlich 13 vH über dem Vorjahrsniveau. Wie schon seit Frühjahr 1989 war die Ausfuhr der Grundstoffindustrien erneut rückläufig. Die Lieferungen von Eisen und Stahl sind abermals kräftig gesunken; das Vorjahrsniveau wurde dabei um rund 11 vH unterschritten. Die Exporte der chemischen Industrie haben in der Grundtendenz auf dem im Sommer 1989 erreichten Niveau stagniert.

Exporte in die EG-Länder etwas erholt

Die realen Ausfuhr in die EG-Länder sind nach dem Rückgang in den vorangegangenen zwei Quartalen im Jahresendquartal geringfügig gestiegen; allerdings wurde dabei nur das hohe Niveau vom Jahresbeginn 1989 erreicht. Zur Aufwärtsentwicklung haben maßgeblich höhere Lieferungen nach Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner, beigetragen. Auch nach Spanien, Portugal und Griechenland sind die Exporte deutlich ausgeweitet worden. Dagegen haben die Ausfuhr in die übrigen EG-Länder stagniert (Niederlande) oder sind weiter gesunken (Italien, Großbritannien, Dänemark). Bei moderatem Wirtschaftswachstum in Großbritannien und fortdauernder Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Pfund sind die Exporte der Bundesrepublik im Berichtsquartal sogar unter dem Vorjahrsniveau geblieben. Die

Exporte in die EFTA-Länder Schweden, Schweiz und Österreich sind insgesamt nur wenig gestiegen.

Der Rückgang der Ausfuhr in die USA, der im Sommer 1989 eingesetzt hatte, hat sich im Jahresendquartal erheblich beschleunigt. Die zunehmende Wechselkursbedingte Verteuerung deutscher Produkte, lange Lieferzeiten und das sich vergrößernde Konjunkturgefälle zwischen den USA und der Bundesrepublik haben die Handelsströme erheblich beeinflusst. Bei stark gesteigener Einfuhr war der Handel im Jahresendquartal erstmals seit 1979 wieder ausgeglichen. Auch die Ausfuhr nach Japan sind deutlich gesunken und lagen um 2,5 vH unter dem Vorjahr.

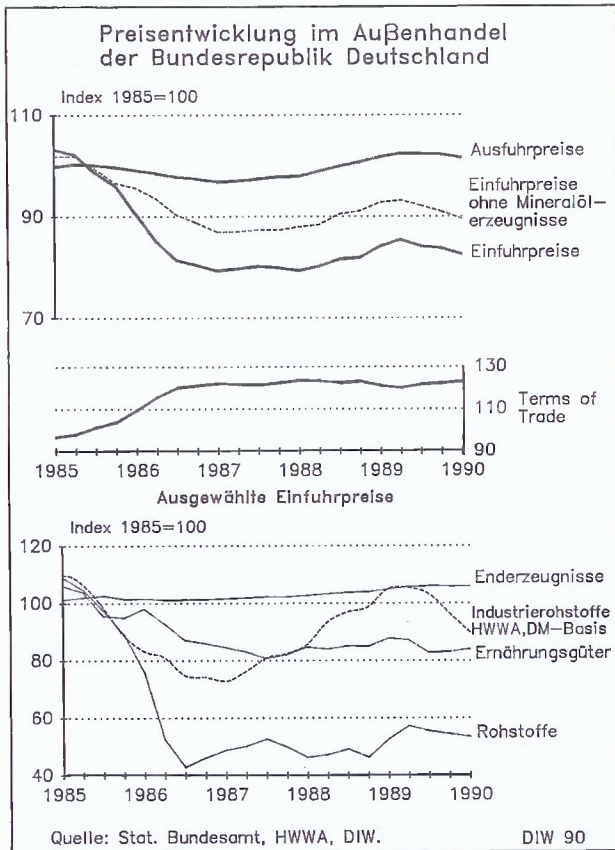
Die preisbereinigten Ausfuhr in die Entwicklungsländer und die OPEC-Länder sind erneut rückläufig gewesen. Dagegen sind die Ausfuhr in die Staatshandelsländer wiederum zügig ausgeweitet worden. Die Aufstockung der Kredite für Ungarn und Polen haben die Lieferungen dorthin sprunghaft steigen lassen. In die Sowjetunion ist ebenfalls vermehrt geliefert worden, dagegen sind die Lieferungen nach China gesunken. Im Berichtsquartal waren die Ausfuhr in die Staatshandelsländer real um 15 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Steigende Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen

Die reale Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen ist im Jahresendquartal kräftig gestiegen. Der Anteil dieser Gütergruppe am gesamten Einfuhrvolumen lag im Berichtszeitraum bei 49 vH (1988: 45 vH). Aus den bereits genannten Gründen haben die Bezüge von Investitionsgütern überdurchschnittlich zugenommen (15 vH). Vermehrt importiert wurden hauptsächlich elektrotechnische Investitionsgüter, Maschinenbauerzeugnisse und Datenverarbeitungsgeräte. Die Einfuhren von Lastkraftwagen konnten sich auf dem zum Jahresbeginn 1989 erreichten hohen Niveau allerdings nicht halten.

Das Wachstum der Einfuhr von Verbrauchsgütern hat sich ebenfalls stark beschleunigt, das gilt namentlich für Personenkraftwagen und Möbel. Auch elektrotechnische Gebrauchsgüter sowie Schuhe, Textilien und Bekleidung sind vermehrt importiert worden.

Die realen Einfuhren von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl- und Mineralölerzeugnisse) sind bei kräftig expandierender Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Laufe des vergangenen Jahres erneut zügig gestiegen. Die Einfuhren von Erdöl und Erdgas haben sprunghaft zugenommen; sie übertrafen das Vorjahrsniveau real um 37 vH. Dabei dürfte eine Lageraufstockung bei Erdöl in Erwartung höherer Preise und wachsender Nachfrage eine Rolle gespielt haben. Die Einfuhren von Mineralölerzeugnissen hatten dagegen nur ein geringes Wachstumstempo. Nach dem starken Rückgang der Be-



züge zum Jahresbeginn 1989 wurde dabei im Jahresendquartal das Niveau vom entsprechenden Vorjahr erreicht; im gesamten Jahr 1989 wurde die Importmenge des Vorjahrs noch um 2 vH unterschritten.

Rückläufige Einfuhrpreise

Der Rückgang der Einfuhrpreise, der im Sommer 1989 begann, hat sich im Jahresendquartal verlangsamt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der anhaltende Preisverfall auf dem Weltmarkt für Nahrungs- und Genussmittel sowie für NE-Metalle; die Importpreise für Genussmittel (Kaffee, Tee, Kakao) sind um rund 35 vH niedriger gewesen als vor Jahresfrist. Die Verteuerung von Energierohstoffen auf dem Weltmarkt, die gegen Jahresende zu beobachten war, wurde durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zum Teil ausgeglichen. Importiertes Erdöl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 35 vH verteuert, Erdgas um rund 22 vH. Bemerkenswert ist, daß sich die Einfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen geringfügig verbilligt haben; die Importpreise von industriellen Zwischenprodukten wie Eisen und Stahl sind angesichts eines Angebotsüberhangs auf dem Weltmarkt ebenfalls gesunken. Die Verbilligung der Importe war insgesamt allerdings nicht stark genug, um den Preissprung zum Jahresbeginn zu kompensieren, der Abstand gegenüber dem Vorjahr betrug im Jahresendquartal noch reichlich 2 vH.

Die Ausführpreise sind leicht gesunken; dabei hat die verschärfte Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt sicher eine Rolle gespielt. So waren die Preise von Investitions- und Verbrauchsgütern abwärts gerichtet. Bei Eisen und Stahl ebenso wie bei NE-Metallen wurde in Anpassung an die Weltmarktpreise der Exportpreis gesenkt. Insgesamt waren die Ausführpreise im Berichtsquartal jedoch noch um 1,5 vH höher als im Vorjahr. Die Relation zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich dabei erneut etwas verbessert.

Ausblick

Erstmals seit 1984, dem Beginn wachsender Überschüsse in der Leistungsbilanz, zeichnet sich eine wirtschaftliche Konstellation ab, die einen Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts ermöglicht. Ausschlaggebend für diesen Abbau ist, daß sich zu wichtigen Handelspartnern, namentlich den USA und Großbritannien, ein deutliches Konjunkturgefälle herausbildet. Die inländische Absorption wird, darauf deutet bereits die Entwicklung im Jahresendquartal hin, weiterhin kräftige Importsteigerungen begünstigen.

Die zügige Expansion des Exports im Januar 1990 steht dazu nur scheinbar im Widerspruch: Offenbar hat hier, ähnlich wie im Vorjahr, eine Verlagerung von Exporten aus dem alten Jahr in das neue Jahr stattgefunden. Die Auftragseingänge aus dem Ausland, die besonders in den Verbrauchsgüter- sowie den Grundstoffindustrien normalerweise eng mit der Ausfuhr (Spezialhandel) korrelieren, sprechen für diese Vermutung. Im Dezember sind in diesen Branchen die Auftragseingänge aus dem Ausland wesentlich stärker gestiegen als die Ausfuhren, nach der Jahreswende war dies umgekehrt. Dabei war der Auftragseingang aus dem Inland im Januar wiederum deutlich höher als der aus dem Ausland. In den beiden Monaten zusammengekommen hat der reale Auftragseingang aus dem Ausland gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten um 2,5 vH und damit fast ebenso stark wie die Ausfuhr zugenommen. Allerdings spricht die internationale konjunkturelle Situation für einen verschärften Preiswettbewerb auf dem Weltmarkt. Für das Jahr als ganzes sind die Exportaussichten dennoch nicht schlecht.

Die Wareneinfuhr ist im Januar 1990 wiederum zügig gestiegen. Dazu haben erneut im wesentlichen vermehrte Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen beigetragen. Bei anhaltend hoher Konsum- und Investitionstätigkeit ist damit zu rechnen, daß die Einfuhren dieser Güter weiter überdurchschnittlich expandieren. Auch die Einfuhr von industriellen Vorprodukten wird im Zuge der Produktionsausweitung merklich zunehmen. Das Wachstumstempo der Wareneinfuhr dürfte in den kommenden Monaten höher sein als das der Ausfuhr, so daß der Überschuß im Warenverkehr weiter zurückgehen wird.

Die Einfuhrpreise werden, begünstigt von der abwärts gerichteten Preistendenz bei wichtigen Rohstoffen auf dem Weltmarkt, sinken. Die Terms of Trade werden sich dennoch allenfalls geringfügig verbessern. Bei annä-

hernd ausgeglichener Dienstleistungsbilanz und kaum steigendem Defizit in der Übertragungsbilanz ist damit zu rechnen, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz abgebaut wird.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 58. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1989. 141 S. DM 78,—

Revision des monetären Sektors des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.

Die Mehrwertsteuerbelastung privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland — Ein Vergleich empirischer Inzidenzanalysen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969, 1973 und 1978. Von *Helmut Kaiser*.

Über den Einfluß der Panelselektivität auf Längsschnittanalysen. Von *Ulrich Rendtel*.

Soziale Zusatzkosten des Verkehrs. Von *Werner Rothengatter*.

Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion: Eine Zwischenbilanz. Von *Ulrich Weißenburger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen. II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen.

Heft 2/3-1989. 140 S. DM 78,—

Wirtschaftspolitische Strategien in den USA und in Großbritannien während der achtziger Jahre. Von *Manfred Teschner*.

Probleme der Wirtschaftslenkung im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.

Die wirtschaftliche Bedeutung eines Energieversorgungsunternehmens — unternehmensbezogenes Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse. Von *Urs Dolinski* und *Werner Münzenmaier*.

Arbeitnehmerinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich — Eine Analyse für das Jahr 1986. Von *Rainer Pischner*.

Zu den Stabilitätseigenschaften ausgewählter ökonometrischer Schätzfunktionen — Zur Lohn- und Preisbildung innerhalb der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute und des disaggregierten ökonometrischen FIND-Modells des DIW. Von *Okita A'Walelu*, *Gustav-Adolf Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Das Sozialversicherungsmodell des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Abstimmungsverfahrens der Bundesregierung. Von *Wolfgang Scholz*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrerberarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.

Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schломann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Weltweiter Zinsanstieg. Bearbeitet von Heiner Flassbeck, Bernhard Seidel, Manfred Teschner und Joachim Volz. —

Rückgang des Außenbeitrags. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten